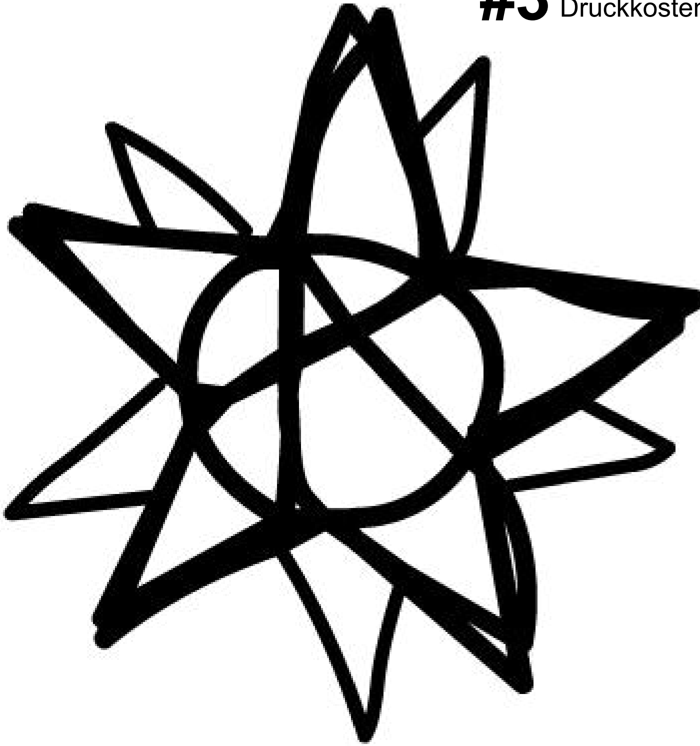


SchwarzRote Feder

anarchosyndikalistisches Magazin

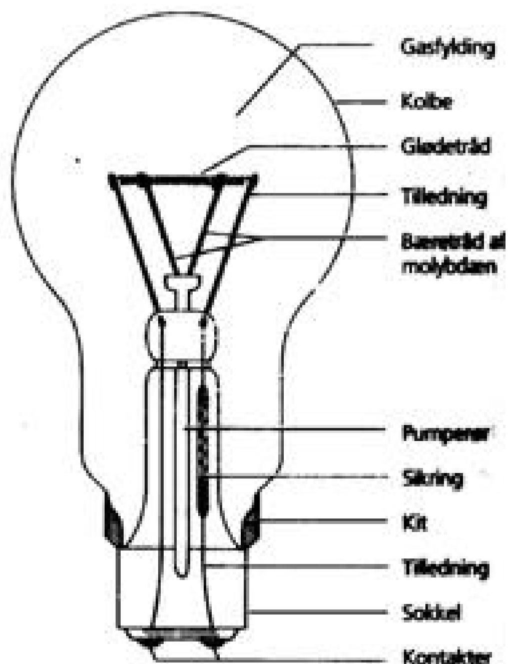
#3 **gegen Spende**
Druckkosten ca. **1,50€**



Artikel:
Die IAA 1922 bis 1937
Globale Finanzkrisen und Machtfragen

Übersetzungen aus der Direct Action:
Interview mit einem italienischen Anarchosyndikalisten
Organisieren wir uns in den Betrieben!
Britisches Netzwerk der Vertrauensleute gegründet

Inhalt:



Gasfylding
Kolbe
Glødetråd
Tilledning
Bæretråd af molybdæn
Pumperør
Sikring
Kit
Tilledning
Sokkel
Kontakter

1922 wurde in Berlin die „Internationale Arbeiterassoziation“, kurz IAA, gegründet. Der Name wurde in direktem Bezug auf die 1. Internationale gewählt. Bestrebungen, eine antiautoritäre Internationale zu gründen hatte es schon vorher gegeben, wie z.b. die Kongresse der Anarchistischen Internationalen, die sich jedoch über längere Zeit nicht hatte durchsetzen können. Die IAA existiert bis heute weiter, wenn auch ihre Rolle und Bedeutung sich über die Jahrzehnte stark gewandelt hat. Die größte Bedeutung in Europa hatte sie während ihrer Anfangsjahre, bis zum Sieg Francos in Spanien.Das Sekretariat war Dreh- und Angelpunkt der IAA und während jener Jahre besetzt mit Leuten, die auch heute noch nicht vergessen sind: Neben anderen waren Rudolf Rocker, Arthur Müller Lehning, Augustin Souchy und Helmut Rüdiger vertreten und nicht nur ihre Differenzen und Übereinstimmungen in politischen Fragen sondern auch ihr persönliches Verhältnis zueinander spielte eine größere Rolle für die Geschicke der IAA bis 1937.

Dieser Artikel ist aus einer Hausarbeit entstanden und erscheint aufgrund der Länge der Darstellung in mehreren Teilen. In diesem ersten Teil soll die Geschichte der IAA von ihrer Gründung bis 1937, als der Vormarsch des Faschismus in Europa die Arbeit der IAA größtenteils lahmlegte in einem Überlick erzählt werden. Folgen werden Portraits der vier genannten Protagonisten im Sekretariat der IAA und eine genauere Betrachtung der Konflikte, die seit der Gründung im Sekretariat schwelten und ebenfalls 1937 ihren Höhepunkt fanden.

Rote Gewerkschaftsinternationale oder IAA?

Für die Gründung der „Berliner Internationalen“ war vor allem das Verhältnis zwischen Anarchisten bzw. Anarchosyndikalisten und den Anhängern der russischen Revolution ausschlaggebend. Die FAUD hatte bereits auf ihrem Gründungskongress im Dezember 1919, aus den Erfahrungen mit der Internationalen in der Vergangenheit , die Gründung einer eigenen Internationalen gefordert. Gleichzeitig erklärte man sich aber auch solidarisch mit den Bolschewiki. Vor dem Hintergrund dieser Solidaritätserklärung mit der russischen Sowjet-Republik hatte Augustin Souchy 1920 den Beitritt der FAUD zum „Internationalen Sowjet der Gewerkschaften“ erklärt. Auch hatte er versprochen, in Deutschland Werbung für die Gründung

einer revolutionären Gewerkschafts-Internationalen zu machen, wie sie einem Beschluss des zweiten KomIntern-Kongresses zufolge gegründet werden sollte.
Knapp ein Jahr später, als die revolutionäre Gewerkschaftsinternationale, als Rote GewerkschaftsInternationale zu ihrem ersten Kongress zusammentrat, hatte sich das Verhältnis zwischen KomIntern und den Syndikalisten extrem verschlechtert. Zum einen hatten Lenins 21 Aufnahmebdingungen für die KomIntern für Unmut in den Reihen der Anarchosyndikalisten gesorgt. Für sie stellten Lenins Bedingungen das „auf die Spitze getriebene Autoritätsprinzip“ dar, für Rudolf Rocker wäre ihre Annahme „einem Selbstmord gleichgekommen“.

So lud die FAUD im Dezember 1920 zur ersten Internationalen Syndikalistenkonferenz nach Berlin. Dieser Einladung folgten Vertreter der US-amerikanischen Industrial Workers of the World (IWW), der englischen „Shop Stewards and Workers Councils“, der französischen Confédération générale du travail (CGT) (hier handelte es sich jedoch um die Delegation einer Minderheit innerhalb der CGT, des Comité des Syndicalistes Révolutionaires) und der syndikalistischen Organisationen Schwedens, der Niederlande, Norwegens, Spaniens, Italiens, Portugals und Argentiniens. Die Forderung nach einer eigenen Internationale teilten aber nur die Schweden mit der FAUD. Stattdessen forderte man zur Teilnahme am Gründungskongress der RGI auf. Im Juli 1921 fanden sich dann dort außer der portugiesischen CGT und der FAUD auch alle syndikalistischen Organisationen, die auf dem Kongress der FAUD in Berlin gewesen waren, ein. Die Teilnahme an diesem Kongress trübte zwar die Stimmung bezüglich einer Mitgliedschaft in der RGI und die auf dem ersten Internationalen Syndikalistenkongress eingerichtete Informationskommission wurde mit der Einberufung einer weiteren Internationalen Syndikalistenkonferenz in Berlin beauftragt, verschiedene Länder traten dennoch der RGI bei, so zum Beispiel Frankreich, Spanien und Italien, die sich auch an der Komintern beteiligten. In den Niederlanden führte die Frage nach der Mitgliedschaft in der RGI zu einer Spaltung der Anarchosyndikalisten, die US-amerikanische IWW hielt sich ganz heraus und wollte weder der RGI beitreten noch an einer syndikalistischen Internationalen teilnehmen.

1921 veröffentlichte Rudolf Rocker „Das Bankerott des russischen Staats-Kommunismus“ , in dem er seine Sicht der Bolschewiki und ihrer Revolution darlegte. Die anfängliche Begeisterung für Lenin und die Sowjet-Republik führte er auf ein Missverständnis der Leninschen Intentionen zurück, die vor allem durch dessen Schrift „Staat und Revolution“ , laut Rocker eine „sonderbare Mischung marxistischer und anscheinend anarchistischer Ideengänge“ verursacht worden war, und natürlich dadurch, dass endlich eine Revolution erfolgreich gewesen war. Nach dem Bekanntwerden von Lenins 21 Aufnahmebedingungen für die KomIntern sei es jedoch nach Rockers Meinung

an der Zeit, nicht länger zu schweigen und die Missachtung der individuellen Freiheitsrechte in der Sowjetunion nicht weiter zu dulden. Ansonsten befürchtete er eine Diffamierung der Idee des Kommunismus durch den „Staatssozialismus in seiner schlimmsten und abschreckendsten Gestalt". Ebenfalls in dieser Schrift beschrieb er detailliert die einzelnen Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki gegen die russischen Anarchisten, und aufgrund dieser sollte schließlich die Stimmung unter den Anarchosyndikalisten bezüglich einer eigenen Internationale kippen.

Am 12.04.1918 hatten die Bolschewiki mit einer blutigen Säuberungsaktion ihren Feldzug gegen die russischen Anarchisten begonnen. 1921 saßen zahlreiche Anarchisten und Syndikalisten in russischen Gefängnissen. Fragen der syndikalistischen Organisationen zu diesem Thema auf dem Gründungskongress der RGI blieben jedoch unbeantwortet. Auf dem 2. Internationalen Syndikalistenkongress im Juni 1922 in Berlin kam es vor diesem Hintergrund zur Gründung eines provisorischen Büros der syndikalistischen Internationalen. Dessen Sekretär wurde Rudolf Rocker, der auch mit dem Verfassen einer Prinzipienerklärung für die neue Internationale beauftragt wurde. Für Dezember 1922 wurde zum ersten Weltkongress der syndikalistischen Internationale aufgerufen.

Die Gründung der IAA

Nach Angaben der FAUD(Syndikalisten) folgten der Einladung Delegierte folgender syndikalistischer und anarchosyndikalistischer Organisationen: Argentinien, Chile, Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Italien, Mexiko, Norwegen, Portugal und Schweden. Gemeinsam vertraten sie 643 100 Menschen. Die größte europäische syndikalistische Organisation, die CNT aus Spanien, war ein Sonderfall. Sie hatte sich zunächst 1919 der KomIntern angeschlossen, später der RGI und schließlich, laut Rocker, auf einer geheimen Konferenz in Saragossa der IAA. Ähnlich verhielt es sich mit den italienischen Genossen. Der Kongress nahm die von Rudolf Rocker verfasste Prinzipienerklärung, die der der FAUD(S) sehr ähnlich war, an, und das Sekretariat wurde mit Rudolf Rocker, Alexander Schapiro, und Augustin Souchy besetzt. Damit war die freiheitlich-sozialistische Internationale gegründet, die in Rückbezug auf die erste Internationale IAA, Internationale Arbeiter Assoziation getauft wurde. Rudolf Rocker war glücklich und zufrieden: „In Anbetracht dieser Vorgänge (die Erlebnisse der Anarchosyndikalisten mit KomIntern und RGI) war dann auch der Gründungskongress der IAA in Berlin eine entschiedene Absage an die Komintern und die Diktatur der Bolschewisten und ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen des freiheitlichen Sozialismus" schrieb er in seinen Memoiren. „Der neuen IAA fällt die Aufgabe zu, das Werk der Ersten Internationalen [...] weiterzuführen zum

endgültigen Sturz von Staat und Lohnherrschaft, zur Errichtung einer freien, staatenlosen Gesellschaft“ schrieb er 1923 im „Syndikalist“.

Nach der Gründung traten der IAA bis 1929 noch die belgischen „Cercles Syndicalistes Fédéralistes“, die anarchosyndikalistischen Gruppen Bulgariens, die polnische anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsopposition, die Propagandagruppe der FAU in Österreich, der syndikalistische Gewerkschaftsbund Japans und die Kontinental-Amerikanische Arbeiter-Assoziation bei. Nun vertrat sie ca. 2,5 Mio. Menschen. Ihrer Organisationsstruktur nach war sie extrem föderalistisch organisiert, in der Umsetzung aber lag die meiste Arbeit und damit auch ein gewisses Maß an Macht beim Sekretariat, und hier insbesondere bei Rudolf Rocker. Die IAA hielt weitere Kongresse in Amsterdam (1925), Lüttich (1928) und Madrid (1931) sowie zahlreiche Vollversammlungen an wechselnden Orten ab. Neben den theoretischen Fragen des Anarchosyndikalismus und dem Kampf gegen den Faschismus beschäftigte sie sich hauptsächlich mit praktischen Fragen wie der Stellung der IAA zu den Betriebsräten, ihre Position zum Dawesabkommen, die Folgen der Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterbewegung, den Übergang vom Privat- zum Kollektivkapitalismus und die wachsende Gefahr des Militarismus. Mit zunehmender Bedrohung durch den Faschismus konzentrierte sich die IAA auch mehr und mehr auf den Kampf gegen diesen.



Augustin Souchy

Das Sekretariat

Zunächst wurden Alexander Schapiro, Augustin Souchy und Rudolf Rocker in das Sekretariat der IAA gewählt. Bei seiner Erweiterung 1932 kamen Arthur Müller Lehning und Eusebio C. Carbo hinzu. Carbo und Schapiro kümmerten sich fortan um den Kontakt zu den mitgliederstärksten Organisationen in den romanischen Ländern, Souchy, Rocker und Müller Lehning nahmen die eigentlichen Sekretariatsaufgaben wahr. Zu diesen gehörte neben den Koordinationsaufgaben zwischen den einzelnen Landesorganisationen, so zum Beispiel die Übermittlung von Solidaritätsgeldern und die Planung und Ausrichtung der Kongresse, die Herausgabe eines wöchentlichen Pressedienstes, einer zweimonatige „Internationale Revue“ sowie der „Internationale“, dem Organ der IAA. Das organisatorische Tagesgeschäft lag dabei hauptsächlich auf den Schultern

von Souchy und Lehning, während Rocker sich vor allem um die theoretischen Aspekte kümmerte, angefangen von der Prinzipienerklärung zum Gründungskongress der IAA, über das Bakunin-Gedenken zu dessen 50. Todestag 1926, Einführungs- und Grundsatzreferaten auf Kongressen und Vollversammlungen der IAA usw. Nach dem Lexikon des Anarchismus formulierte er in den 1920er Jahren die wesentlichen theoretischen Grundlagen des Anarchosyndikalismus, sorgte für die Ausrichtung der FAUD hin zu einem kommunistischen Anarchismus und auch die Gründung der IAA gilt als sein persönlicher Erfolg. Auf persönlicher Ebene war er das verbindende und streitschlichtende Element im Sekretariat, was sich sowohl dort als auch in der gesamten Organisation der IAA zeigte. Konflikte im Sekretariat entzündeten sich immer wieder an der Person Augustin Souchys, mit dessen „Amtsstil" viele nicht einverstanden waren. Max Nettlau benutzte einmal die Formulierung, Souchy „regiere" die IAA, was aus einem anarchistischen Blickwinkel heraus sicherlich kein Lob darstellt, auch Rocker geriet mit ihm 1931 wegen allzu eigenmächtigen Vorgehens aneinander. Besonders im Streit lag Souchy mit Helmut Rüdiger, 1932 schließlich weiteten sich die Querelen im Sekretariat auf die gesamte IAA aus, als eine Folge von Rücktritts-angeboten begann. Zunächst drohte Arthur Müller Lehning mit dem Rücktritt, Souchy wollte ihm folgen. Kaum hatte sich dies halbwegs geklärt, bot Alexander Schapiro seinen Rücktritt an, und immer kreisten die Konflikte um Augustin Souchy. Bis zu seiner Emigration in die USA und der damit verbundenen Niederlegung seines Amtes als Sekretär der IAA 1933 gelang es Rocker, die IAA dazu zu bewegen, sich auf den Kampf gegen die Machtübernahme der Nazis zu konzentrieren, anstelle auf persönliche Streitereien, nach dem Rocker jedoch ausgewandert war, spitzen sich die Konflikte und internen Kämpfe weiter zu und fanden auf dem außerordentlichen Kongress im Dezember 1937 in Paris ihren Höhepunkt. Nach der Niederlage der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg wurde das Sekretariat von Madrid noch einmal nach Schweden verlegt, die Arbeit der IAA wurde jedoch durch die Zerschlagung und Verfolgung der diversen Mitgliedsorganisationen zunehmend schwieriger bis unmöglich. Schließlich beschränkten sich die Handlungsoptionen des Sekretariats bis zum endgültigen Zusammenbruch der IAA auf die Aufrechterhaltung der wenigen verbliebenen Kontakte.

Anmerkungen:

1) Diverse Streitigkeiten zwischen Kommunisten und Anarchisten wie beispielsweise der Konflikt Marx - Bakunin und das Verhalten der Bolschewiki

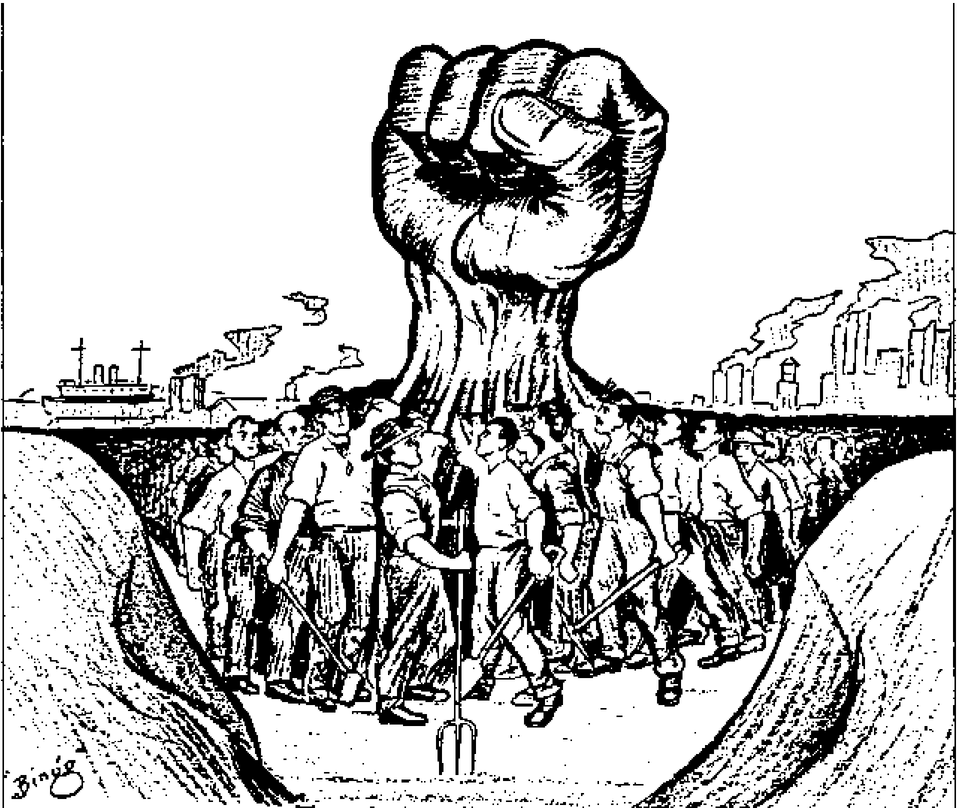


gegenüber Anarchisten und Anarchosyndikalisten nach der Oktoberrevolution

2) Rocker, Rudolf: Der Bankerott des russischen Staatskommunismus. - Hrsg. vom anarchosyndikalistischen Kollektiv und situationistischen Kollektiv, Mittelwort von ULRICH. - Neudruck (als Typoskript) der 1921 in Berlin erschienenen Erstausg. - Berlin (W.): Anarsch Verlag, 1968

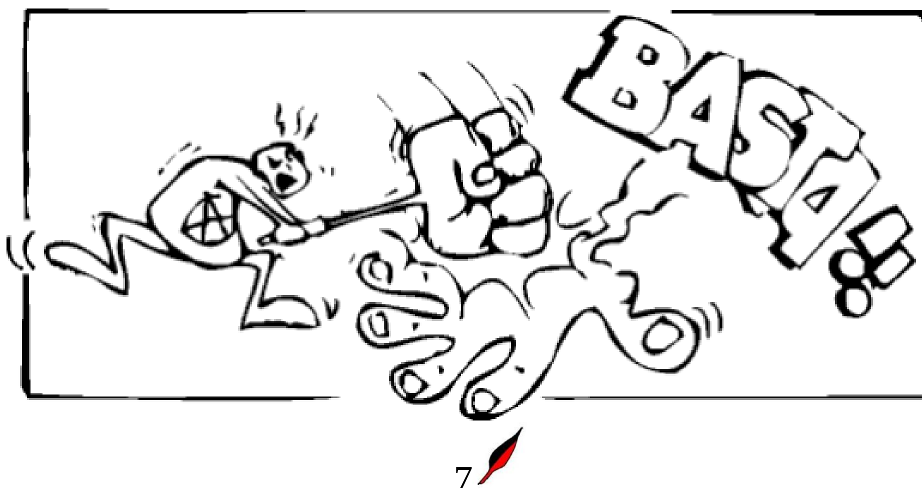
3) Lenin, V.I.: Staat und Revolution, z.B. Dietz, 1970

4) http://www.trend.infopartisan.net/trd0308/t050308.html



Globale Finanzkrisen und Machtfragen

In diesen Wochen und Monaten erleben wir, durch Medien und Politik inszeniert, sogenannte „schwarze Freitage“ und „schwarze Montage“ an den Börsen und Finanzplätzen der Welt. Politikerrunden treffen sich um angeblich ein neues „Finanzsystem“ zu vereinbaren : dabei geht es bildlich gesprochen lediglich darum, dieselbe Suppe mit anderem Besteck auszulöffeln. Die Suppe, die uns in den sogenannten „Industrieländern“ eingebrockt wurde, heißt Umweltzerstörung durch kapitalistische Wirtschaftsweise, Atommüll- und sonstige Müllberge, Gentechnik, Klimawandel, weitere Spaltung der Gesellschaft in wenige Superreiche und viele Existenzbedrohte und Verarmte. Eine gesellschaftliche Kultur des Elitären, verschleiert von sogenannten Sozialmaßnahmen. Eine nationale PolitikerInnenkaste, die versucht Europa und die Welt als Sprungbrett für die Vorherrschaft der eigenen Nation und des eigenen Größenwahns zu nutzen, getarnt durch Partizipationen an internationalen Treffen und Institutionen. Die Köche dieser Suppe sind Geldadel, Großindustrielle und deren Verbündete und Steigbügelhalter in Wissenschaft, Wirtschaft, Parteien und Medien - alte Bekannte also. Religiöse Heilslehren, Nationalismus und sonstige Dummheiten werden dem neoliberalen Dreck hinzugefügt, den Politiker in den von ihnen kontrollierten Medienkanälen inszenieren lassen, um Menschen von den wirklichen Verhältnissen abzulenken Beispielhaft soll die Recherche von Dschugan Rosenberg vom 22.09.2008 mit dem Titel „Operation Umbuchung“ bei de.indymedia bemüht sein, daraus verkürzt ein Zitat: „Während Kanzlerin Merkel von „Bildung als Aufgabe der Zukunft“ faselt, verballern ihre Parteikollegen die dafür notwendigen Milliarden Steuergelder sinnlos zur Rettung der IKB- Bank und ihren Pokerspielen mit Anteilen für



USSchrottimmobilien. Versehentlich werden eine halbe Milliarde Euro Steuergelder an eine US-Bank überwiesen, über deren Pleite bereits im Fernsehen berichtet wurde. Doch diese durchgeführten "Umbuchungs-Operationen" sind nicht die erste dieser Art. Die Details verraten, dass sie in kriminellen Netzwerken von Politik und Bankwesen seit vielen Jahren bewusst und erfolgreich durchgeführt werden.“ Zitatende. Klarer analysiert José Luis Velasco in der Novemberausgabe der Zeitung CNT, Zitat:“ Der kapitalistische Sozialismus, der von allen Regierungen des Planeten in die Tat umgesetzt wurde, hat den Banken, dem Finanzkapitalismus, sämtliche öffentlichen Mittel des Staates übereignet und die zukünftigen Generationen dazu verdammt, die Zeche für diesen Raub und die Plünderungen zu bezahlen, deren Ziel die Festigung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, das wir als Staatskapitalismus, Staatssozialismus, Marktkapitalismus, Marktsozialismus bezeichnen können, das tatsächlich aber Kapitalismus und Staat ist und die größte Umverteilung von Reichtum hinsichtlich des Ansteigens von Ungerechtigkeit und globaler Reichtumskonzentration in der

Geschichte der Menschheit darstellt, hin zu einer Geldaristokratie und zu einem Besitz, welche die Welt in diktatorischer Form regieren.“ Dazu passend werden international militärische schnelle Eingreiftruppen vorgehalten, die die verlogenen Bündnisse der Herrschenden logistisch verteidigen sollen. In Deutschland wird das Grundgesetz - selbstredend ohne Abstimmung mit der Bevölkerung - durch die EU-Verfassung ersetzt, auch um Militäreinsätze besser rechtfertigen zu können.

Aus der Finanzsystemkrise folgt die Wirtschaftssystemkrise, und letztlich der Ruf einer aktualisierten Analyse und nach dauerhaft geänderten gesellschaftlichen Realitäten. Eigentlich birgt jede Krise die Chance der Gefährdungsanalyse mit anschließender Zielsetzungsformulierung, Lösungsvorschlägen, Umsetzung relevanter Maßnahmen und anschließenden Wirkungskontrollen mit Verbesserungsschritten. Allgemein wird solche Vorgehensweise anerkannt, in unseren Herrschaftssystemen aber aufgrund verschiedenster „Sachzwänge“ doch nicht umgesetzt. Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschafts- und Staatssystem ist zu verflochten, zu unentwirrbar und zu korrupt, als daß es jemals gelingen könnte, die anstehenden Probleme auch nur halbwegs gerecht und vernünftig zu lösen. Gesellschaftlich toleriert sind Systeme des legalisierten Schwindels, an dem es in der „upper class“ angesagt ist sich zu beteiligen: Steueroasen, Hedgefonds, Sonderboni um nur einige zu nennen. Zahlen für die Schulden und Zerstörungen sollen zukünftige Generationen, nur nicht die VerursacherInnen. Durch eilig durchgezogene Finanzierungsgesetze, mit denen hunderte von Milliarden weiterer Schulden eingegangen werden, werden die Probleme und Gefährdungen für die Allgemeinheit nur weiterverschoben, von einer Runde in die nächste. Finanzmengen, welche für soziale und kulturelle Zwecke politisch



nie zur Verfügung gestellt wurden, werden bereitgestellt, um Pleite- und Pannenwirtschaft inklusive legalem Betrug zu bezahlen. Bis gar nichts mehr geht - und es kommt zum Wirtschaftskollaps. Dürfen wir Prognosen halbwegs vertrauen, so wird uns dieser 2009 erreichen. Ein Anlaß zum feiern, wenn die kapitalistischen Systeme zusammenbrechen – oder ? Was erwartet uns nach einem Zusammenbruch ?

Was danach folgt, ist leider nicht gleichzeitig ein Fortschritt. Ein Systemkollaps bedeutet nicht automatisch die soziale Revolution, sondern katastrophale, ungerechte Fortentwicklungen, wenn diesen nicht ausreichend revolutionärer Widerstand entgegengesetzt wird. Die schlimmsten Fortentwicklungen werden denjenigen zuerst zugemutet, die bereits jetzt in Kontinenten und Ländern leben, in denen Hunger, Not und krasse Ausbeutung ungeschminkt Wirklichkeit sind, und die sich kaum wehren können. Gleichzeitig bedroht der Klimawandel Millionen mit Hunger, Naturkatastrophen und Vertreibung. In den sogenannten Schwellenländern bleiben weiterhin Milliarden Menschen vom sozialen Fortschritt ausgeschlossen.

In Europa können wir mit dem Wegfall der meisten Lebens- und Sozialstandards rechnen. Not – und Mangelwirtschaft, Lebensmittel und Grundversorgung auf staatlich erteilten Bezugskarten. Die durch Medien und Staatsschulen gelenkten,
desorganisierten Massen, werden möglicherweise von denselben herrschenden VersagerInnen neue Modelle verlangen, nicht begreifend, dass nun der historische Punkt eines radikalen Schnitts erreicht ist. Linke Regierungen sind genauso korrupt und konzeptlos, wie „real existierender Sozialismus“ in Staaten
wie China beweist. Und, in Europa auch möglich : Die Geschichte wiederholt sich. Wenn „starke Macher“ an die Regierungen kommen, sind Faschismus und Krieg nicht mehr weit. Die Vorboten davon erleben wir in Deutschland, wo der Polizeiund Geheimdienststaat mit nie dagewesener Effizienz hochgerüstet wird, und Demonstrationen und Widerstand mit polizeilicher-staatlicher Härte bekämpft
werden, als hätte es die Erfahrungen des sogenannten „Dritten Reiches“ nie gegeben.

Selbstverteidigung und Widerstand

Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, sich zunächst Gedanken um Selbstverteidigung machen. Dabei können wir ebenso auf die Erfahrungen der Geschichte zurückgreifen, und sollten frühzeitig alle in Betracht kommenden Eventualitäten miteinbeziehen, um im Notfall nicht in Panik und Erstarrung verfallen zu müssen. Die Geschichte lehrt

uns: es ist grundfalsch davon auszugehen, daß wirtschaftliches Versagen eines herrschenden Systems keine bedeutenden Auswirkungen auf die Beherrschten hätte. Hunger, Not und Mangelwirtschaft sind aber keine akzeptablen Nebenwirkungen einer gesellschaftlichen Wirtschaftstherapie der Herrschenden, sondern sie sind in ihrer praktischen Konsequenz ein Angriff auf uns Alle und jede/n Einzelnen/n von uns. Wer/welche angegriffen wird, kann sich nicht neutral verhalten, oder er/sie wird überrollt oder benutzt. Das wir uns nicht widerstandslos ausliefern, ist sozusagen in der Natur der Sache begründet. Die Grenzen des Widerstandes sind dort erreicht, wo Einzelnen und Gruppen die Kraft und Ressourcen dazu fehlen.

Revolten, Revolution und der richtige Weg

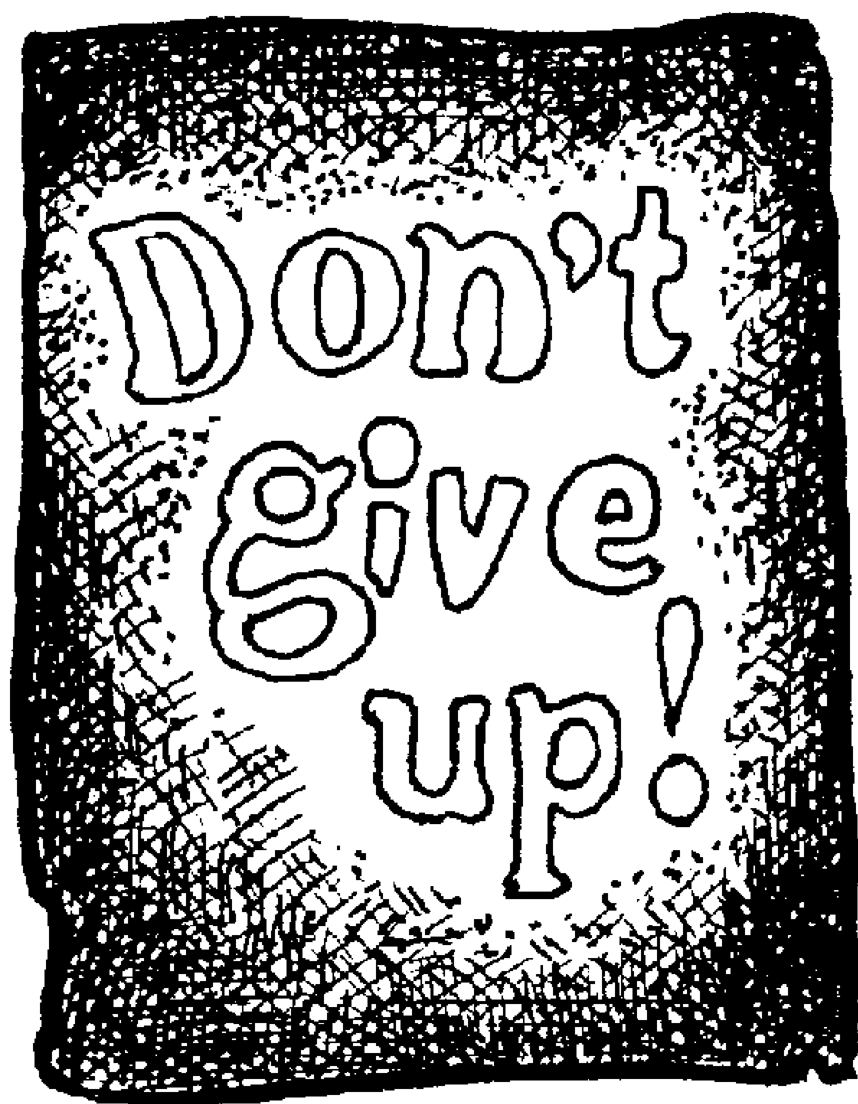
Einzelne Revolten bringen Widerstand gegen Ungerechtigkeiten zum Ausdruck, ersetzen aber nicht die nachhaltige Veränderung. Wenn wir Revolution als eine nachhaltig dauerhafte Abschaffung von Wirtschafts- und Machteinflüssen ehemaliger Eliten zugunsten einer solidarischen, alle gleichermaßen ausreichend versorgenden Ökonomie in einer klassenlosen Gesellschaft definieren, stellt sich im nächsten Schritt die Frage nach Lösungsvorschlägen dazu. Diese Lösungsvorschläge sind, allgemein gesehen, altbekannt. Schlagworte sind Kollektivierung, Selbstverwaltung, Vollversammlungen von unten als oberstes Entscheidungsgremium, Abschaffung des Geldes und Einführung des Tauschsystems zwischen Kollektiven, Genossenschaften, Kommunen und allen notwendigen sozialen Einrichtungen. Konsum-oder Umsonstläden, in denen jeder/m nach ihren/seinen Bedürfnissen zukommt, was den kollektiven Möglichkeiten entspricht. Ökologisch nachhaltig verantwortbare Produkte, statt Fastfood. Food not bombs. Selbstorganisation und Verteidigung der sozialen Revolution durch revolutionäre Komitees, nicht zu vergessen. Einen gesellschaftlichen Konsens der Kultur des solidarischen Handelns schaffen. Last BUT not least bedeutet Revolution auch etwas mehr, als nur Veränderung der Ökonomie.

Die Liste ließe sich fortsetzen, die Gedanken ebenso. Anfänge sind gemacht, es gibt hunderte Gruppen und Initiativen die bereits in diese Richtung gehen, Ökonomie und Konsens solidarisch und selbstbestimmt zu organisieren. Die konkrete Beschreibung weiterer Schritte und Projekte soll nicht in diesem Beitrag erfolgen. Jede/r ist aufgerufen, dies mit anderen besprechen, sich zu vernetzen, und falls sinnvoll, auch über unser Magazin „SchwarzeRote Feder“ zu veröffentlichen.

k.asn 11-08






Don't
give
up!

Interview mit einem italienischen Anarchosyndikalisten (USI-IAA)

Für einen Teil des Jahres 2007 war der Genosse Cesare, Mitglied der anarchistischen Gewerkschaft USI-IAA, zu Gast bei der Solidarity Federation (SolFed-IAA) in South London. Da er nach Italien zurückkehrt, nehmen wir diese Gelegenheit zum Anlass für ein Interview zur USI und zur Lage der Arbeiter/innen in Italien.

SF: Wie groß ist die USI? Und wie ist sie auf Regionen und Branchen verteilt?

C: Wir haben etwa 1.000 zahlende Mitglieder und etwa 500 weitere Leute im Umfeld. Wir sind im Norden Italiens konzentriert, besonders in der Lombardei und Emilia. Auf unserem letzten Kongress haben wir neue Gruppen aufgenommen aus Genua, FIAT-Arbeiter/innen aus Portense und Gesundheitsarbeiter/innen aus der Toscana. Wir haben Probleme im Süden, wo wir nur in Portense und Neapel Gruppen haben, sowie verstreute Einzelmitglieder. Das Besondere an der USI ist, dass wir föderalistisch [als Bund] organisiert sind, das zieht neue Gruppen an. Manchmal haben sie sich von den Cobas (Konföderation der Basis-Kommittees) abgespalten, denn wir bieten jeder Gruppe Selbstbestimmung und sind keine zentralisierte Organisation.
Unsere größte Branchengewerkschaft ist im Gesundheitsbereich, aber wir haben auch landesweite Gewerkschaften in den Branchen Post, Öffentlicher Dienst, Bildung und Ingenieurwesen. Außerdem gibt es eine Gewerkschaft, die Landarbeiter/innen und Einzelhandel vereinigt, sowie einige Leute in einem Ökoladen in Mailand.
Die meisten unserer Mitglieder arbeiten im Öffentlichen Dienst, aber es ist sehr schwer sich dort zu organisieren. Es gibt einen großen Bereich der Genossenschaften, wo wir uns ebenfalls organisieren. Die Genossenschaften haben oft angestellte Arbeiter/innen, die keine Mitglieder dieser Genossenschaften sind, sondern normale Arbeitnehmer/innen.

SF: Wie hat sich die USI in den letzten 20 Jahren vergrößert?

C: Im Jahr 1991 rief die USI zu einem Streik gegen den Ersten Golfkrieg auf, gemeinsam mit zwei der Cobas. Das war das erste Mal, dass ein Streik nicht von einer der zwei großen reformistischen Gerwerkschaften ausgerufen wurde. Dies hatte bewiesen, dass wir eine Gewerkschaft sind und nicht bloß eine Propagangagruppe. Nach diesem Streik schloss sich die Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter/innen aus Mailand der USI an. Meine Gruppe gründete sich 1994. [...]
Seit der Abspaltung [der "USI Rom"] im Jahr 1994 sind wir gewachsen, denn die Leute erkennen uns als die wirkliche USI an. Nach der Trennung hatten wir nur noch eine landesweite Gewerkschaft, bei der Post. Wir mussten durch

Aktivitäten in den Betrieben unsere Glaubwürdigkeit wiedergewinnen. Beispielsweise hat die Betriebsgruppe im Mailänder Krankenhaus San Rafaele die Mehrheit der Arbeiter/innen organisiert, obwohl sie erst vor zwei, drei Jahren gegründet wurde.
Die anarchistische Bewegung hat sei ein paar Jahren beschlossen, dass wir die wirkliche USI sind und z.B. in Genua und Parma sind Mitglieder der Anarchistischen Föderation (FAI-IFA) bei uns eingetreten. Auf unserem nächsten Kongress werden wir darüber diskutiere, wie wir die Gewerkschaft in Bereiche bringen, in denen wir noch nicht präsent sind, indem wir aus den Erfahrungen der spanischen CNT-IAA lernen.

SF: Wie ist euer Verhältnis zu anderen Gewerkschaften?

C: Es gibt vier große reformistische Gewerkschaften, die alles bestimmen. Die Chefs verhandeln am liebsten mit denen. Zum Beispiel am Mailänder Flughafen, wo die Fluggesellschaft Alitalia verkauft werden soll, reden die Chefs mit den großen Gewerkschaften, aber die Mehrheit der Arbeiter/innen ist in den alternativen Gewerkschaften organisiert. Es gibt sieben oder acht Cobas, jede hat seine andere politische Position, meist abhängig von der Gruppe, die sie gegründet hat. Die größte alternative Gewerkschaft ist die Vereinigte Basisgewerkschaft (CUB), doch die steht der Rifundazione Comunista nahe, der reformistischen Kommunistischen Partei. Es gibt kaum einen Unterschied zwischen den ganzen Cobas, aber ihre politischen Streitigkeiten machen ihnen die Zusammenarbeit schwierig.
Die USI ist in einer ähnlichen Lage, wie die Cobas. Aber es ist die einzige Gewerkschaft, die Wert legt auf Föderalismus, sowie auf die Autonomie ihrer Mitgliedsgruppen und, die eine hervorragende innere Organisation besitzt.Es kann sehr schwierig sein, das Nationale Sekretariat einer der Cobas wieder abzusetzen -eine hat den selben Typ seit 20 Jahren - obwohl sie libertär [= freiheitlich] sind. Die USI hat auch manchmal Schwierigkeiten mit dem Wechsel der Aufgabenverteilung, aber immerhin versuchen wir die Mandate regelmäßig wechseln zu lassen. Die Gewerkschaften sollten von den Arbeiter/innen selbst am Laufen gehalten werden, nicht von Bürokrat/innen.

SF: Kannst du uns etwas über die Abspaltung der "USI Rom" sagen? Was war der Grund?

C: Als es 1994 zu der Spaltung kam, hatte die "USI Rom" viele landesweite Mandate in den Gewerkschaften Schule, Ingenieurwesen und Öffentlicher Dienst. Sie beschlossen ein Abkommen mit einer anderen Gewerkschaft zu treffen, um gewerkschaftliche Recht zu bekommen. Diese andere Gewerkschaft war Mitglied einer anderen Internationale und ihre Herangehensweise gegenüber dem Bündnis war

autoritär. Sie behaupteten ausende Mitglieder zu haben, aber das war nur ein Trick. Die gleichen paar Leute hatten alle Posten inne. So war deren landesweiter Bildungssekretär gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender der Ingenieursgewerkschaft. Das verstieß gegen alle unsere Grundsätze. Die Leute in Rom hatten außerdem starke Verbindungen zur Partei Rifundazione Comunista. Sie haben ein großes Büro in Rom, aber keiner weiss genau, wer das bezahlt. Jetzt hat die "USI Rom" nur noch zwei Gruppen - die in Rom und eine sehr kleine in Mailand. Die Statistik-Branche, in der sie mal recht stark waren, ist nun zur Basisgewerkschaft CUB übergetreten, um Verhandlungsrechte zu bekommen.

SF: Wie geht die "USi Rom" vor? Und was unterscheidet sie von der USI-IAA?

C: Die Leute von der "USI Rom" sind besser im Verschicken von Pressemitteilungen, im Internet und so. Sie benutzen den Namen "USI-AIT", um im Ausland Verwirrung zu stiften, indem sie behaupten immernoch Teil der IAA zu sein - obwohl deren Initialen im Italienischen "AIL" lauten.[1] Es gab Zeiten, da haben wir zu einem Streik aufgerufen und sie haben der Regierung geschrieben, dass die USI nicht streike. Das passierte zum Beispiel im Bildungsbereich, wo dann der Rektor kam und unsere Mitgliedern mit diesem Schreiben zum Beenden ihrer Aktion zwingen wollte. Manchmal benutzen die Cobas die "USI Rom" auch, um unsere Arbeit zu behindern. Es gibt den Vorschlag auf unserem Kongress, dass wir unseren Namen wegen deren Aktivitäten ändern sollten. Aber da uns unsere Geschichte wichtig ist - die USI wurde 1912 gegründet - glaube ich nicht, dass der Vorschlag angenommen wird. Wir haben auch schon darüber nachgedacht damit vor Gericht zu gehen, aber das müsste in Rom passieren, wo wir keine Gruppe haben. Die "USI Rom" will diesen Namen benutzen wegen seiner geschichtlichen Glaubwürdigkeit, aber ihre Handlungen verhindern diesen Versuch. Zum Beispiel behaupten sie Anarchist/innen zu sein, aber sie rufen dazu auf die Partei Rifundazione Comunista zu wählen.

SF: Wie steht die USI-IAA zum Räderwerk der staatlichen Wirtschaftsvereinigungen in Italien?

C: Die RSU [2] sind vereinheitlichte Körperschaften der Gewerkschaftsvertretungen und stehen gegen die Interessen der Arbeiter/innen. Sie dienen der Vermittlung. Die RSU vergeben die Gewerkschaftsrechte, wie Zeitausgleich für Gewerkschaftsvertreter/innen, Versammlungsrecht während der Arbeitszeit und die Erlaubnis ein Treffen mit den Chefs einzuberufen. Wir haben diese Rechte nicht, daher müssen wir dafür streiken. In der Privatwirtschaft haben die reformistischen Gewerkschaften ein Drittel

aller Sitze in den RSU garantiert, unabhängig davon, ob sie in dieser Branche überhaupt Mitglieder haben. Unser Ansatz war es, den Gruppen in der USI ihre Einstellung gegenüber den RSU selbst zu überlassen, wegen unseres Föderalismus. Die meisten unserer Gruppen haben die RSU mittlerweile wieder verlassen und ich glaube, in der nächsten Wahlpreiode werden auch die übrigen wieder rausgehen. Das ist die reine Bürokratie: beim Postamt in meiner Stadt gab es nur ein einziges Treffen der RSU innerhalb von drei Jahren. Der Vorteil dabei ist, dass die Arbeiter/innen für sich selbst entscheiden anstatt auf landesweiten Kongressen. Die Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter/innen war in den RSU vertreten bevor sie sich uns angeschlossen hatte. Die alternativen Gewerkschaften messen ihre ihre Größe an der Zahl der Stimmen, die sie bei den Wahlen zu den RSU erhalten. Wir sind die einzige Gewerkschaft, die die RSU kritisiert.

SF: Hat die USI-IAA Propaganda gegen die RSU gemacht?

C: Nicht, dass ich wüsste. Kleinere Gruppen, die nur Propagandagruppen sind, machen das vielleicht. Aber wir finden es grundsätzlich schwierig Propaganda zu machen.

SF: Wie ist euer Verhältnis zu anarchistischen Organisationen?

C: Die meisten Anarchist/innen in Italien haben sich der Meinung von Malatesta [3] angeschlossen, dass alle Gewerkschaften reformistisch sind. Daher sind sie in allen Gewerkschaften verstreut. Zum Beispiel sind Mitglieder der "Föderation der Anarchistischen Kommunist/innen" (FdCA) auch in der CGIL [4] und in den Cobas. Der Nationale Bildungssekretär der Vereinigten Basisgewerkschaft (CUB) ist in der Anarchistischen Föderation (FAI). Der Nationale Sekretär der Basisgewerkschaft Unicobas ist Anarchist. Die Unicobas gibt ein Magazin heraus namens "Socialismo Libertario" (Freiheitlicher Sozialismus), aber ihre Struktur entspricht dem nicht. In der anarchistischen Bewegung wird nicht viel über die Gewerkschaften nachgedacht und nicht zwischen ihnen unterschieden. Das hat sich in letzter Zeit etwas geändert, da sich die USI-IAA durch Föderalismus und Autonomie von anderen abgrenzt. Außerdem zeigen immer mehr jüngere Arbeiter/innen Interesse. In meiner Stadt gibt es eine Gruppe junger Arbeiter/innen, die vielleicht eintreten würden, denn wir haben sie über praktische Themen angesprochen und ihnen unsere Prinzipien gezeigt. In meinem Arbeitsbereich bin ich der einzige Anarchist.

SF: Welche Themen kommen auf euch zu?

C: Unser nächster Kongress wird über das Streikrecht diskutieren, das immer schwieriger wird, besonders im Öffentlichen Dienst. Zum Beispiel ha-



ben letztens in Mailand die Busfahrer/innen gestreikt, aber ihre alternativen Gewerkschaften haben sie im Stich gelassen, indem sie den Streikaufruf geleugnet haben. Die Leute wurden alle zu Bußgeldern verurteilt.Wir diskutieren auch unser Selbstverständnis als Gewerkschaft anstatt als Propagandagruppe.

aus: Direct Action, #42, Frühling 2008 (Zeitschrift der Solidarity Federation, Mitglied der Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation), http://www.direct-action.org.uk, http://www.solfed.org.uk, http://www.iwa-ait.org

Kontakt zur Unione Sindacale Italiana (USI-IAA): Viale Bligny 22, Milano, MI 20136, Italy, http://www.usi-ait.org, http://lottadiclasse.it

Übersetzung: Anarchosyndikat Köln/Bonn

Anmerkungen:

1) Die anarchosyndikalistische "Internationale Arbeiter/innen-Assoziation" wird in allen Sprachen unterschiedlich abgekürzt: Im Deutschen IAA, im Englischen IWA, im Spanischen und Französischen AIT, im Italienischen AIL (Asociazione Internazionale dei Lavoratori); siehe http://anarchosyndikalismus.org/iaa/

2) RSU: Rappresentanze Sindicali Unitarie; nicht mit den korporativen Betriebsräten zu vergleichen

3) Errico Malatesta (1853-1932), italienischer Anarchist

4) CGIL: Confederazione Generale Italiana di Lavoro, eine der vier großen reformistischen Gewerkschaften



Organisieren wir uns in den Betrieben!
Britisches Netzwerk der Vertrauensleute gegründet

Im Juli 2007 haben Delegierte und Beobachter/innen der "Solidarity Federation" [1], in London an der Gründung des landesweiten "Nationalen Vertrauensleute-Netzwerks NSSN" [2] teilgenommen. Der allgemeine Eindruck, den die Mitglieder der SolFed zurückbrachten, war grundsätzlich positiv.

Trotzdem wurden noch einige Probleme gesehen, die in nicht allzu ferner Zukunft auftauchen könnten. Schließlich war es ein Erfolg der Konferenz eine Menge Leute zusammen gebracht zu haben, die die Notwendigkeit für einen Schwerpunkt auf Aktivitäten und Organsiation am Arbeitsplatz sehen. Die SolFed war deutlich vertreten mit Fahnen, Büchertisch und Flugblättern, die an alle verteilt wurden. In dem Flugblatt [3] wurden die anwesenden Aktivist/innen zu Folgendem aufgerufen:

- Organisiert Euch nicht nur auf Grundlage von Treffen eurer Stellvertreter/innen mit anderen Stellvertreter/innen außerhalb des Arbeitsplatzes, sondern baut eine effektive Organsiation gemeinsam mit anderen Arbeiter/innen in eurem Betrieb auf!

- Macht anderen Arbeiter/innen Mut ihre grundlegenden Rechte einzufordern, zum Beispiel bei Überstunden-ausgleich, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Willkür und Mobbing durch das Management. Das ist bei der Mehrheit der Arbeitsplätze dringend nötig!

- Organisiert Betriebsversammlungen zu diesen Themen auf denen Vertrauensleute mit Mandaten betraut werden können und auf denen sie als abgesandte Delegierte der Belegschaften Bericht erstatten müssen. Dadurch können Verhandlungen besser geführt werden, da die Arbeiter/innen sich selbst organisieren und ihre eigenen Interessen durch direkte Aktionen vertreten können.

- Stellt Verbindungen her zu verschiedenen Gruppen von Arbeiter/innen, zwischen unterschiedlichen Betrieben derselben Branche und zu anderen Gewerkschaftsmitgliedern. Das betrifft auch Gruppen und Versammlungen in Betrieben mit Zeitarbeiter/innen und Vertragsfirmen, sowie Betriebe mit mehreren Gewerkschaften oder in denen keine offene Gewerkschaftsarbeit möglich ist. Lasst die Kolleg/innen an eurer Betriebsorganisation teilhaben und davon solidarisch profitieren.

- Fördert das Bewusstsein, daß eine Auseinandersetzung über betriebliche Probleme auch eine Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus bedeutet, der diese Probleme hervorbringt. Mit anderen Worten: Unser Klasseninteresse kann nicht mit dem des Managements in Einklang gebracht werden!

- Verhindert, dass Politik am Arbeitsplatz außen vor bleibt, wie bei jenen Gewerkschaften, die die Politik einfach den Parteien überlassen!

Mögliche Probleme

Zu diesem Zeitpunkt ist es noch unklar, ob sich das Vertrauensleute-Netzwerk weiter entwickelt als der bisherige kleine Haufen von Vertrauensleuten. Durch die Beschränkung auf gutwillige Betriebsdelegierte, die Basisaktivist/innen des TUC [4] sind, ist der Schwerpunkt eindeutig auf die Vertrauensleute an der Basis gesetzt, anstatt auf freigestellte Gewerkschafts-funktionär/innen. Trotzdem spüren wir die Notwendigkeit, mehr Wert auf die Basisaktivist/innen in den Betrieben zu legen.

Zudem gibt es andere Themen, die in Zukunft Probleme bereiten könnten: Erstens hat sich das NSSN entgegen seinem Schwerpunkt auf die Vertrauensleute noch nicht deutlich von der Gewerkschaftsbürokratie gelöst. Es gibt eher eine Strömung, wie in den "breitgefächerten linken Organisationskommittees" der 1980er Jahre, die weniger Wert auf Aktivitäten und Organisierung am Arbeitsplatz legt. Stattdessen lassen sie ihre Anträge auf Gewerkschaftskonferenzen abstimmen und stellen ihre linken Kandidat/innen für Posten in der Gewerkschaft zur Wahl - wenn auch unter der üblichen Bedingung, dass diese nur Durchschnittslöhne bekommen.

Zweitens gibt es ein Potenzial für politische Flügelkämpfe, da viele Kongressteilnehmer/innen Mitglieder der einen oder anderen Partei sind. Aber im Moment scheint es einen Waffenstillstand zwischen den verschiendenen Gruppen zu geben. Das könnte daher kommen, dass keine der Gruppen das NSSN dominiert. Oder es liegt daran, dass die Leute im Moment ihre Unterschiede überwinden in der Hoffnung den Widerstand aufbauen zu können.

Drittens, und das hat damit zu tun, droht das ewige Gespenst einer "neuen linken Partei" sein schauriges Gesicht zu zeigen. Es ist in der Tat sehr merkwürdig, dass dieses Thema auf einer Konferenz zum Aufbau eines Vertrauensleute-Netzwerks so oft angesprochen wurde. Falls das NSSN überhaupt über den Gründungstatus hinausgelangen sollte, werden Diskussionen über die Form einer solchen Partei sicherlich in Zukunft einige Probleme bereiten. Bis dahin lenkt diese Idee die Aufmerksamkeit von den wirklich wichtigen Themen ab.

Der Mangel an Struktur ist daher problematisch. Offensichtlich waren viele der Teilnehmer/innen "für sich selbst" anwesend und nicht als Delegierte ihrer Betriebe. Zudem wurde der Vorstand des NSSN durch "Zustimmung" ermittelt - wer die Hand hob, wurde ernannt - nicht gewählt. Das lässt Fragen aufkommen: Wer sind diese Leute? Wen vertreten sie, wenn überhaupt? Wie können die Entscheidungen künftig in einer akzeptablen Weise getroffen werden?

Eine unterstützende Kritik

Trotz dieser Vorbehalte rufen die Mitglieder der SolFed, die an der Konferenz teilgenommen haben, alle Anarchosyndikalist/innen und alle anderen Leute mit Schwerpunkt auf Betriebsarbeit dazu auf, im NSSN zu bleiben oder sich ihm anzuschließen, um diese Ideen zu verbreiten und die weitere Entwicklung voranzubringen.

Aber wir sprechen uns dafür aus, dass die Organisierung am Arbeitsplatz eine zentrale Rolle einnehmen muss. Daher steht die Solidarity Federation für eine nennenswerte alternative Struktur zum NSSN und für eine Kritik an den politischen Parteien und an der Gewerkschaftsbürokratie. Außerdem sind wir gegen den Spagat der Roten für eine "neue linke Partei" und gegen die Wahl von Gewerkschaftsfunktionär/innen, die über den Belegschaften stehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nach unserer betrieblichen Strategie das NSSN kein Ersatz für die Entwicklung anarchosyndikalistischer Ideen und Aktivitäten oder für den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften ist. Es gibt viele Leute im NSSN, die sich in den Betrieben organisieren, daher wird sich die SolFed weiterhin mit unterstützender Kritik dort einbringen. Sollten die schlimmsten Befürchtungen wahr werden, dann haben diese Leute wenigstens mal von einer Alternative zum zahnlosen Politisieren kennengelernt, das oft an die Stelle von wirklicher Organisation tritt.

aus: Direct Action # 40, Herbst 2007
Zeitschrift der Solidarity Federation - IAA

http://www.direct-action.org.uk
http://www.solfed.org.uk
http://www.iwa-ait.org

Anmerkungen:

1) SolFed: britische Gewerkschafts-föderation, die in der anarchosyndikalistischen Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation (IAA)
organisiert ist

2) "national": in diesem Zusammenhang "landesweit", nicht "nationalistisch"

3) siehe http://www.solfed.org.uk/nssn/pdfs/nssn.pdf

4) Trade Union Congress: reformistischer Gewerkschaftsdachverband

